

Rott gegen Flüchtlingsheim: Gemeinderat fordert Klarheit beim Quecksilbergutachten

Diskussionen um die Flüchtlingsunterkunft in Rott:
Vorwürfe an das Landratsamt wegen mangelnder
Transparenz und Zweifel am Quecksilbergutachten
erhitzen die Gemüter.

Der Streit um die Erstaufnahme-Einrichtung für Flüchtlinge in Rott zeigt deutlich, wie wichtig Transparenz und Kommunikation zwischen den Gemeinden und den zuständigen Behörden sind. In einer aktuellen Sondersitzung des Gemeindeparkaments äußerten die Mitglieder Unmut über das Landratsamt in Rosenheim und dessen Vorgehen.

Gemischte Gefühle im Gemeinderat

Die Stimmung im Rotter Gemeinderat war angespannt, nachdem das Landratsamt Rosenheim in einer kürzlich versandten E-Mail über den aktuellen Stand der Unterbringung von geflüchteten Menschen informierte. Bürgermeister Daniel Wendrock empfand die Mitteilung als unzureichend und entmutigend: „Da frage ich mich schon, worüber wir in den vergangenen Wochen und Monaten verhandelt haben“, äußerte er sein Unverständnis über die Situation.

Vorwurf der Intransparenz

Vor allem die unklare Kommunikation des Landrats, Otto Lederer, sorgte für Kritik. Die Gemeinde hatte seit Januar nach Alternativen zur geplanten Unterbringung von bis zu 500

Personen in einer Gewerbehalle gesucht und beeindruckte mit einer Liste von sieben potenziellen Standorten. Trotz dieser Initiativen wurde die Idee, weitere Verhandlungen zu führen, abrupt abgelehnt. Dies brachte viele Gemeinderatsmitglieder in Rage. Zweiter Bürgermeister Alfred Zimpel stellte die Frage in den Raum: „Wo ist die vielgesprochene Transparenz?“

Zweifel an den Gutachten

Zusätzlich zur fehlenden Klarheit bezüglich der Standorte kommt die Debatte über ein Quecksilber-Gutachten, das die Sicherheit der geplanten Einrichtung in Frage stellt.

Bürgermeister Wendrock kritisierte, dass die Messung möglicherweise nicht korrekt durchgeführt wurde. Nach Meinung der Gemeinde waren sowohl die ausgewählten Messpunkte als auch das dafür verwendete Gerät nicht geeignet, um die tatsächlichen Werte zuverlässig zu erfassen. Ein Fachgutachten, das der Gemeindeverwaltung vorgelegt wurde, stellte zahlreiche Ungereimtheiten fest. Maximilian Brockhoff, Geschäftsleiter der Gemeinde, unterstrich, dass die Messbedingungen nicht eingehalten worden sein könnten, was die Ergebnisse verzerren würde.

Die nächsten Schritte

Die Gemeinderatsmitglieder zeichneten ein Bild von einer entschlossenen Verwaltung, die für eine umfassende und faire Behandlung der Thematik eintreten will. Einstimmig wurde beschlossen, ein Zweitgutachten zu beantragen, um die Bedenken auszuräumen. „Wenn das Landratsamt meint, es will Krieg, dann kann es den auch haben“, sagte Johann Gilg. Damit signalisierten die Gemeinderäte nicht nur ihre Entschlossenheit, sondern auch den Wunsch nach einem konstruktiven Dialog über die Zukunft der Flüchtlingsunterbringung in ihrer Gemeinde. Außerdem wurden Verhandlungen mit dem Landratsamt bis zur Klärung der offenen Fragen vorerst eingestellt.

Fazit und Ausblick

Der Fall in Rott ist symptomatisch für viele Diskussionen über die Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland, wo oft die politischen, sozialen und gesundheitlichen Aspekte in Einklang gebracht werden müssen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie dringlich eine klare Kommunikation zwischen den Behörden und den betroffenen Gemeinden ist, um nicht nur rechtliche, sondern auch gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden. Rott steht nun vor der Herausforderung, sowohl die Bedenken seiner Bürger als auch die Anforderungen an humane Flüchtlingsunterkünfte zu berücksichtigen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de